

Stellungnahme der ÖFG zu den laufenden Budgetgesprächen zwischen den Universitäten und der Bundesregierung

Die Österreichische Forschungsgemeinschaft appelliert an die Österreichische Bundesregierung, die Budgets aller Bildungs- und Forschungseinrichtungen im Besonderen der Universitäten ausreichend zu bemessen, damit sie derzeit und auch zukünftig ihren Anforderungen in Lehre, Forschung und Third Mission in hohem Maße nachkommen können. Gleichzeitig ist auf eine gute, ressourcenmäßige Ausstattung aller Forschungsförderungseinrichtungen in Österreich zu achten.

Die österreichische Wissenschafts- und Forschungscommunity versteht die angespannte, wirtschaftliche Situation des Bundes. Die Universitäten sind auch bereit, einen angemessenen Beitrag zur Konsolidierung des Budgets zu leisten. Die Einsparungen müssen sich aber an den realen Kostensteigerungen bemessen. Die Universitäten sind gleichzeitig aufgefordert, in den eigenen Verantwortungsbereichen deutliche strukturelle Entwicklungsschritte zu setzen. Einsparungen sind sinnvollerweise in Abstimmung mit den Rektoraten zu treffen und bedürfen mehrere Stufen der Einsparung, die über Jahre zu verteilen sind.

Österreich hat in den vergangenen Jahren erhebliche zusätzliche Mittel in die Hand genommen, um die Betreuungsrelationen an den Universitäten zu verbessern sowie die internationale Konkurrenzfähigkeit der Forschung an den Universitäten und allen Forschungseinrichtungen zu steigern. Dies geschah nach einer mit den Universitäten abgestimmten Strategie der Bundesregierung. In einem ersten Schritt wurden die Universitätsbudgets von etwa 1,2 % auf etwa 1,4 % des BIP angehoben, weitere Schritte nach oben sollten in den folgenden Leistungsvereinbarungsperioden folgen.

Durch die Schaffung neuer Personalstellen und Investitionen in die Infrastruktur konnten die Leistungsziele von den Universitäten erreicht, meist sogar übererfüllt werden, wie die Zunahme internationaler Wissenschaftspreise und vermehrte Einwerbung internationaler Projektförderungen zeigen. Die Zunahme der Budgets der Universitäten muss daher zumindest die realen Kostensteigerungen abdecken, um den Stand an Personal und auch die erforderlichen Investitionen in Geräte und Gebäude zukünftig zu sichern. Das Zurückfahren der finanziellen Basis der Universitäten unter 1,4 % des BIP gefährdet nicht nur die positive Entwicklung der Wissenschaften, sondern führt sogar zum Verlust der über mehrere Jahre getroffenen Investitionen in junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Die internationale Konkurrenzfähigkeit des Forschungsstandorts Österreich würde dadurch spürbare Einbußen erleiden. Auf jeden Fall gilt es zu vermeiden, dass die angedeuteten finanziellen Einschränkungen vorrangig den wissenschaftlichen Nachwuchs treffen. Das Signal an die begabte Jugend, die sich für Tätigkeiten in Wissenschaft und Forschung interessieren, wäre fatal. Eine Abwanderung vieler Talente wäre die Konsequenz. Die Zukunftschancen unserer Jugend hängt von einer ausreichend dotierten Bildungs- und Wissenschaftslandschaft ab. Hier sind beide

Seiten gefordert: die Österreichische Bundesregierung und die Universitäten in ihrer Entscheidung, wo allfällige Einsparungen erfolgen sollen.

Die Universitäten benötigen zusätzlich eine hohe Flexibilität in Hinblick auf die Personalverträge. Universitäten bilden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowohl für den eigenen Nachwuchs, den Nachwuchs an anderen Universitäten und für Wirtschaft und Verwaltung aus. Die Universitäten sind gut beraten, nur die besten Jungwissenschaftlerinnen und Jungwissenschaftler in Ausleseverfahren für die verfügbaren Tenure-Track-Stellen auszuwählen und nur einen beschränkten Anteil an Stellen unbefristet zu stellen. Das Streichen des §109, der bisher die besonderen Kettenvertragsregelungen von Universitäten regelt, schränkt die Möglichkeiten für die Universitäten zur Gestaltung der beruflichen Laufbahn ein, was primär den Jungwissenschaftlerinnen und Jungwissenschaftlern schaden wird. Die Anstellung von Personal in Drittmittelprojekten wird eingeschränkt, da in vielen Fällen die zeitliche Grenze überschritten wird. Andererseits würde die Definition und Umsetzung erweiterter Kündigungsgründe für Projektmitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherlich zu potenziell konfliktreichen Diskussionen führen und sich nur schwer realisieren lassen.

In Bildung auf allen Ebenen muss staatlicherseits ausreichend investiert werden. Die Zukunftsfähigkeit eines Staates bemisst sich daran, wie nachdrücklich er sich zum Wert von Bildung bekennt und Mittel bereitstellt, dieses Bekenntnis glaubhaft zu machen.

Für die ÖFG

Botschafter Dr. Emil Brix, Präsident
und

Univ.-Prof. Dr. Harald Kainz, Beiratsvorsitzender